



Teilen sich das Chefbüro, in dem einst auch Bundesanwalt Michael Lauber wirkte: Zolldirektor Christian Bock und Stellvertreterin Isabelle Emmenegger.

Bilder: Keystone

Henry Habegger

Das Chefbüro im siebten Stock an der Taubenstrasse 16 in Bern hat Geschichte. Jahrelang residierte dort Michael Lauber, der institutionell mächtigste Bundesanwalt, den die Schweiz je hatte. Jetzt amtiert hier Christian Bock (53), Chef der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV). Er teilt sich das prächtige Büro im Desk-Sharing mit Isabelle Emmenegger (44), seiner Stellvertreterin und engsten Vertrauten.

Zolldirektor Bock, Jurist, will der mächtigste Oberzolldirektor aller Zeiten werden. Er hat selbst ein Gesetz auf den Weg gebracht, das ihm enorme Vollmachten gäbe: Die Totalrevision des Zollgesetzes, das der Bundesrat im letzten September in die Vernehmlassung geschickt hat. Das neue Gesetz wurde unter der Ägide von Zolldirektor Bock innert Monaten zusammengestellt. Das Gesetz ist eine wesentliche Basis für das 400 Millionen teure Digitalisierungsvorhaben Dazit.

Befehlsausgabe an die Juristen am Wochenende

Zwei junge Juristen stellte Bock Anfang 2019 zur Ausarbeitung des Gesetzes extra ein. Er verbot ihnen, mit erfahrenen Zoll-Juristen zu reden. Denn Bock wollte einen völlig neuen Erlass kreieren. Die Struktur des Gesetzes, Unterteilung und Titel, verfasste er laut Insidern eigenhändig. Auch den Inhalt prägte er. «Den Juristen gab er sogar übers Wochenende laufend Änderungsbefehle durch.»

Bocks Gesetz erhielt intern den Beinamen «Ermächtigungsgesetz», weil es dem Zoll umfassende Vollmachten geben will. Der Zollchef wollte möglichst wenig Bestimmungen, um freie Hand zu haben. Dem Parlament als Gesetzgeber droht Entmachtung.

In der Vernehmlassung stiess der Bock-Act auf teilweise vernichtende Kritik. Laut Zweckartikel wird das neue Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) neben Erhebung der Abgaben zuständig für

Bocks Gesetz – Überwachung total?

Christian Bock, Direktor der Zollverwaltung und Herr über 4500 Leute, hat ein neues Zollgesetz auf den Weg gebracht, das ihn mit enormer Machtfülle ausstatten würde.

die «Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Migration». Es soll «einen Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit» leisten. Der Kanton Zürich etwa kritisiert, «unter dem Anschein des zollrechtlichen Vollzugs» werde eine Behörde geschaffen, «die umfassende und teilweise diejenigen der kantonalen Polizeikorps übersteigende polizeiliche Befugnisse hat». Kantone befürchten, dass der Zoll in ihre verfassungsmässige Polizeihohheit eingreift.

Bock will, da sind sich Beobachter einig, den Zoll – bislang schwergewichtig eine Fiskalbehörde – zu einer eigentlichen «Sicherheitsbehörde» umfunktionieren. Die Einführung einer Bundessicherheitspolizei (Busipo) durch die Hintertür, sagen die einen. Basis für eine Finanzpolizei nach italienischem Vorbild ist es für die anderen. Die Zollverwaltung weist solche Befürchtungen als unbegründet zurück.

Die Schweizer Stimmbürger verwarfen bisher alle Versuche, eine Sicherheitspolizei auf Bundesebene zu schaffen. 1978 lehnte das Stimmvolk die Schaffung der Busipo ab, die namentlich der Terrorbekämpfung hätte dienen sollen.

Was der Zoll darf, ist im Gesetzesentwurf oft nicht genau definiert. Das Finanzdepartement soll beispielsweise den Grenzraum, in dem der Zoll aktiv sein darf, künftig «nach Anhörung» der Kantone selbst definieren. Heute braucht es das Einverständnis der Kantone. Der Zoll soll zudem «geeignete

Einsatz- und Zwangsmittel» einsetzen können. Auch unter fiktiver Identität und verdeckt sollen Bocks Fahnder arbeiten können.

Das neue Gesetz will den Datenschutz völlig neu definieren. Laut Kanton Zürich erhalte der Zoll «fast unbeschränkte Kompetenz zur Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten». Also etwa Daten über die Intimsphäre oder religiöse, weltanschauliche und politische Ansichten.

Nur sehr rudimentär geregelt ist, wer innerhalb der Zollverwaltung zu welchem Zweck auf diese besonders schützenswerten Personendaten zugreifen darf.

Die totale Überwachung? Der Datenschützer des Bundes, Adrian Lobsiger, kritisierte letztes Jahr: Der Gesetzesentwurf erlaube es «dem neuen Zollpolizeiamt, die (...) Personendatenbearbeitung in ihrem System nach weitgehend autonomen Vorgaben vorzunehmen und die

Informationen nach Belieben zu verknüpfen.» Lobsiger sprach von «rechtsstaatlichen Mängeln der Datenbearbeitung» sowie «sachlichen Regelungslücken». So sei bei der «Risikoanalyse» nicht klar, «worum es sich bei dieser Bearbeitungsmethode handelt, in deren Rahmen das neue Zollpolizeiamt besonders schützenswerte Personendaten» bearbeiten solle.

Es ist völlig offen, welche Algorithmen der Risikoanalyse zugrunde liegen – also wie die Zollcomputer künftig ermitteln, ob eine Person oder ein Vorgang als «verdächtig» eingestuft wird. Abhängig von diesen Algorithmen sind diskriminierende oder rassistische Resultate möglich.

Bock braucht das neue Gesetz nicht nur für die umstrittene «Transformation» der Zollverwaltung, sondern auch für die Umsetzung des Projekts Dazit. Unbestritten ist, dass der Zoll die Digitalisierung vorantreiben muss. Die eigenmächtige Art und Weise, wie die Zollführung das macht, stösst aber auf heftigen Widerstand. So wurde das Wirtschaftsdepartement zu Beginn gar nicht erst in die Arbeiten einbezogen.

Markus Mohler, Verfassungsrechtler und ehemaliger Polizeikommandant, sagt: «Es steht fest, dass das Bundesamt für Justiz in der Ämterkonsultation aufs Heftigste gegen den Gesetzesvorentwurf Stellung nahm, der aus mehreren Gründen unhaltbar sei: Er verstosse betreffend erweiterte Kompetenzen gegen die Verfassung, gegen elementarste Grundsätze des Datenschutzes, sei hand-

werklich völlig ungenügend.» Ihm sei es «ein Rätsel, wie ein solcher Vorentwurf vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt werden konnte».

In der Tat liess der Bundesrat den zuständigen Finanzminister Ueli Maurer und dessen Chefbeamten Bock bisher gewähren. Nun droht dem neuen Zollgesetz, das 2024 in Kraft treten soll, der Totalabsturz.

Die Zollverwaltung redet die Probleme klein: «Die grosse Mehrheit der konsultierten Adressaten begrüsst die Digitalisierung und Vereinfachung der Prozesse», heisst es. «Insbesondere die Kantone und die Verbände erwarten für die Wirtschaft eine klare administrative Entlastung.» Die Kompetenzen zwischen Kantonen und Bund seien «von der Zollgesetzrevision nicht betroffen». Was Kantone aber ganz anders sehen.

Nicht nur Bock will den Datenschutz aushebeln

Bock ist allerdings nicht der Einzige, der versucht, den Datenschutz auszuhebeln. Es gebe «gewisse Interessen, unter anderem offenbar im Fedpol und im Nachrichtendienst des Bundes, datenschutzrechtlich präzise Bestimmungen durch generalklauselartige zu ersetzen», stellt Mohler fest. Das sei bedenklich, zeige sich aber auch im Gesetz betreffend polizeiliche Massnahmen zur Terrorismusbekämpfung.

In der Zollverwaltung herrscht ein Klima der Angst. Wer nicht kuscht, wird abseviert. Bei CH Media gehen seit Tagen zahlreiche Berichte von Angestellten ein, die von unerträglichen Zuständen sprechen. Aber auch ausserhalb des Zolls steigt die Besorgnis. Zollkunden diagnostizieren Big-Brother-Allüren. Manche fühlen sich bereits jetzt überwacht und bespitzelt durch immer mehr Kameras. Und befürchten, dass sie mit dem neuen Gesetz der totalen Kontrolle ausgesetzt sind.

Ob Zollangestellte, Bundesverwaltung oder Zollkunden – alle fragen sich: Wer stoppt Zolldirektor Bock?

Neue Strategie gegen Cyber-Angriffe

VBS Bedrohungen im Cyberraum sind heute allgegenwärtig. Bundesrätin Viola Amherd will ihr Verteidigungsdepartement (VBS) nun für diese Bedrohungen fit machen. «Das VBS kann rechtzeitig und in allen Situationen Bedrohungen und Angriffe frühzeitig erkennen, stören oder verhindern», lautet eines der Ziele der neuen «Strategie Cyber 2021 bis 2024», die gestern publiziert wurde. Konkret: Das VBS solle seine Entwicklung «fachlich, materiell, prozessual, wie auch personell» auf die Cyberherausforderungen ausrichten. Die Anfälligkeit für Cyberrisiken soll minimiert und das Departement resistenter werden. Wichtiger Teil der Strategie ist die vermehrte Aus- und Weiterbildung der zivilen und militärischen VBS-Mitarbeitenden. (agl)

Pelli wird (wieder) Gemeinderat

Lugano Der ehemalige Präsident der FDP Schweiz, Fulvio Pelli (70), wird Gemeinderat von Lugano. Er wurde mit 5749



Stimmen gewählt und machte den 6. Listenplatz. Er kehrt somit in das Gremium zurück,

in dem einst seine politische Karriere begann. «Ich habe mein ganzes Leben der FDP gewidmet, und jetzt, da meine Partei in Schwierigkeiten ist, möchte ich unterstützend wirken», begründete Pelli vor einem Jahr gegenüber CH Media seine Kandidatur. Tatsächlich ist die FDP, die einst praktisch allein in Lugano regierte, in der grössten Tessiner Stadt in Schwierigkeiten. Bei den Exekutivwahlen konnte sie nur noch 23,9 Prozent Wählerstimmen erreichen und sackte gegenüber 2016 um ganze 7,5 Prozent ab. Wesentlich besser war das Ergebnis allerdings in der Legislative: Mit 25 Prozent blieb die FDP in Lugano stärkste Partei und stellt mit 15 Gemeinderäten die grösste Fraktion. (gl)

Biobauern für Pestizid-Initiative

Abstimmung Die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» bietet eine Chance, die hiesige Landwirtschaft zu transformieren, die Umweltziele zu erreichen und allen Menschen den Zugang zu nachhaltigen und gesunden Lebensmitteln zu garantieren. Aus diesem Grund haben die landwirtschaftlichen Organisationen Bio Suisse, Demeter Schweiz und die Kleinbauern-Vereinigung die Ja-Parole zur Pestizid-Initiative gefasst, teilen sie gestern mit. Die zehnjährige Übergangsfrist der Vorlage bietet den Bauernbetrieben Planungssicherheit, um sich den neuen Rahmenbedingungen anzupassen. (dpo.)

Die Serie

Die Eidgenössische Zollverwaltung ist im Umbruch. Direktor Christian Bock treibt die Digitalisierung und die Reorganisation voran. Recherchen zeigen nun: Sein brachiales Vorgehen, toleriert vom Bundesrat, erschüttert Untergebene und aussenstehende Beobachter. Schon erschienen: «Ein Chefbeamter zum Fürchten». Und: «Wie der Waffenfreund in Fantasieuniform das Grenzwachtkorps abservierte».